

# SP-Grossrätin: Bundesgeld für mehr Lehrstellen

Projekte im Aargau könnten zu 80 Prozent finanziert werden – unklar ist aber, ob dies überhaupt nötig ist.

**Berufsbildung** Die Coronakrise trifft viele Betriebe im Aargau hart. Das weckt Ängste, dass Lehrstellen gestrichen werden – und Schulabgänger, die für diesen Sommer einen Lehrplatz suchen, keinen finden könnten.

SP-Grossrätin Simona Brizzi fordert deshalb ein Massnahmenpaket vom Regierungsrat, das die bestehenden Projekte zur Förderung von Lehrstellensuchenden weiterentwickeln und ergänzen soll. Diese Projekte könnten dann in Rahmen des Förderschwerpunkts «Lehrstellen Covid-19» Unterstützungsgelder vom Bund erhalten. So biete das Massnahmenpaket «gleich auf zwei Ebenen Vorteile», so Brizzi.

Der nationale Förderschwerpunkt «Lehrstellen Covid-19» wurde eingerichtet, um Projekte, die Jugendliche bei der Lehrstellensuche unterstützen oder Lehrvertragsauflösungen verhindern sollen, mit einem Anteil von bis zu 80 Prozent der Kosten zu unterstützen. Dies sieht Simona Brizzi als Möglichkeit, «Projekte, die uns für die Zukunft rüsten», weiterzuentwickeln.

Bereits letzte Woche reichte die CVP einen Vorstoss ein, in dem sie eine Taskforce für das Lehrstellenproblem forderte (die AZ berichtete). Diese soll aus Gewerbeverbänden, dem Schullei-

«Die Situation ist noch nicht dramatisch, aber es muss mit einem Covid-19-bedingten Rückgang der Lehrstellenangebote gerechnet werden.»



**Simona Brizzi**  
Grossrätin SP

terverband und Vertretern von Berufsschulen und Firmen bestehen, erklärt CVP-Grossrat Werner Müller. Die kantonale Taskforce wäre so eine Ergänzung zur nationalen Taskforce «Perspektive Berufslehre 2020», welche vor kurzem von Bundesrat Guy Parmelin gegründet wurde: «Solche Themen müssen auch im Kanton behandelt werden», argumentiert Müller.

## **Berufsberatung und Regierung: Lehrstellen sind normal besetzt**

Ob es das Massnahmenpaket und die Taskforce überhaupt braucht, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar. Denn momentan sind die Zahlen der bereits besetzten Lehrstellen etwa gleich hoch wie im Vorjahr – 70 Prozent der Stellen sind vergeben. «Die Situation ist nicht dramatisch, es muss aber mit einem Covid-19-bedingten Rückgang der Lehrstellenangebote gerechnet werden», sagt SP-Grossrätin Brizzi.

CVP-Grossrat Müller sieht dies ähnlich: «Jetzt sind die Massnahmen noch nicht dringend. Wir wissen aber nicht, wie sich die Situation entwickelt. Für den Fall, dass uns ein Wirtschaftseinbruch bevorsteht, starten wir die Projekte besser schon jetzt. Dann sind wir vorbereitet», meint Müller.

Im Gegensatz zu Brizzi und Müller sieht die Kommunikationschefin der kantonalen Berufsberatungsstelle ASK, Susanna Häberli, den Bedarf für zusätzliche Massnahmen «eher nicht». Auch Martin Ziltener, Abteilungsleiter der Berufsberatung von ASK, beobachtet lediglich, dass diesen Sommer mehr Auszubildende das 10. Schuljahr besuchen wollen als in den Vorjahren. Diesen Trend hat auch der Regierungsrat festgestellt, wie Bildungsdirektor Alex Hürzeler an einer Pressekonferenz am Mittwoch sagte. Deshalb werde der Kanton zusätzliche Plätze im 10. Schuljahr zur Verfügung stellen. Darüber hinaus sieht der Regierungsrat jedoch keinen Handlungsbedarf. «Bezüglich der Lehrstellenbesetzung gibt es keinen negativen Trend. Gleiches gilt für die Lehrabbrüche», sagte Hürzeler.

Der Regierungsrat sieht hingegen andere Probleme: Lehrabgänger hätten grössere Schwierigkeiten als Schulabgänger, denn die Stellensuche nach der Lehre sei momentan schwierig. Um dieses Problem zu entschärfen, gebe es die Möglichkeit, Lehrverträge bis im Oktober laufen zu lassen anstatt wie bisher lediglich bis im Sommer.

**Andrea Marti**